

11. Woche

1911, 19. März: In Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn, der Schweiz und den USA demonstrieren Millionen Frauen am ersten Internationalen Frauentag für ihr Wahlrecht. Die Initiative für diesen Kampftag geht auf einen Vorschlag von Clara Zetkin bei der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz im August 1910 in Genf zurück. Die Kommunistin wertete den Aktionstag später aus: »Dieser Internationale Frauentag ist die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht gewesen, welche die Geschichte der Bewegung für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts bis heute verzeichnen kann.«

1916, 16. März: Im Preußischen Abgeordnetenhaus hält Karl Liebknecht eine Rede zum Kulturetat, in der er auf den Klassencharakter des Bildungssystems im Kapitalismus eingeht und die Militarisierung der Lehranstalten in Kriegszeiten geißelt: »Krieg, Krieg und noch einmal Krieg ist die Losung in der Schule! (...) Die hurrapatriotischen Aufsatzthematika, die hurrapatriotische Gesinnung, von der der ganze Unterricht heute auf höhere Anweisung getragen wird, sind geradezu ein Krebschaden.«

1941, 13. März: Das Oberkommando der Wehrmacht erlässt die »Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung 21«, die sich auf die Zeit nach dem Angriff auf die Sowjetunion beziehen. Festgehalten ist in dem Papier das Ziel der Aufteilung der Sowjetunion in vom deutschen Imperialismus abhängige Satellitenstaaten. Dem Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, werden »Sonderaufgaben im Auftrage des Führers«, also die massenhafte Ermordung von Juden und Kommunisten, zugewiesen.

1956, 20. März: In Paris unterzeichnen der französische Außenminister Christian Pineau und der tunesische Ministerpräsident Tahar Ben Ammar ein Protokoll, das die völlige staatliche Unabhängigkeit Tunesiens anerkennt. Damit wird der Protektorsvertrag von 1881 aufgehoben. Dennoch bleiben französische Truppen in der ehemaligen Kolonie stationiert.

1991, 17. März: In der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sprechen sich in einem Referendum große Teile der Bevölkerung für die Beibehaltung dieses Staatenbundes als »erneuerte Föderation gleichberechtigter souveräner Republiken« aus. In sechs der insgesamt 15 Unionsrepubliken – den drei baltischen sowie in Georgien, Armenien und Moldawien – kam die Abstimmung durch einen Boykott der dortigen Staatsinstanzen nicht zustande. Von 149 Millionen Teilnehmern, das sind 80 Prozent der Abstimmungsberechtigten, sprechen sich 76,4 Prozent für den Erhalt der UdSSR aus. In Moskau und Leningrad lehnten die Bürger die Beibehaltung ab.

<https://www.jungewelt.de/artikel/282656.11-woche.html>